

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.00 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pfa. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10spalt. Kolonelle 35 Pfa. bei Platzvorkauf 40 Pfa. Stellenangebote 10spalt. Kolonelle 25 Pfa. Familienanzeigen von Privaten die 10spalt. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezettel 2 Mt. Inzerate v. ausw. die 10spalt. Kolonelle 40 Pfa. bei Platzvorkauf 50 Pfa. Reklamezettel 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Einheitsfront und Sozialdemokratie

Die Antwort an die K.P.D.

Am 15. November 1925 richtete die sächsische K.P.D. an die Sozialdemokratische Partei Sachsens ein Schreiben, in dem sie ihre Bereitwilligkeit zur politischen Zusammenarbeit ausdrückte, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, eine Amnestie, sowie die Auflösung des Landtages forderte. Jetzt hat der Landesarbeitsausschuss der sozialdemokratischen Partei Sachsens der kommunistischen Partei mit folgendem Schreiben geantwortet:

Dresden, 1. 12. 25.

An die
Kommunistische Landtagsfraktion,
zu Händen des Herrn Abg. Paul Böttcher.
Werte Genossen!

Die Landtagsfraktionen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens haben in ihrer Sitzung vom 30. November zu dem Schreiben der K.P.D. Sachsens vom 15. November 1925 Stellung genommen. Die SPD. ist mit der K.P.D. der Auffassung, daß die Auswirkung der Wirtschaftskrise in Sachsen durch geeignete Maßnahmen gemildert werden muß. Deshalb hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion am Landtag am 24. November 1925 folgende Anträge gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

1. die Regierung zu beauftragen, beim Reich zu fordern
 - a. eine Verstärkung des geschäftlichen Schutzes gegen ungerechtfertigte und unbillige Entlassung der Arbeitnehmer,
 - b. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung,
 - c. Wiedereinstellung der Kurzarbeiterunterstützung,
 - d. Einstellung von erhöhten Mitteln für die produktive Erwerbslosenfürsorge,
 - e. auf die Reichsbahnverwaltung einzuwirken, um eine schnelle Fertigstellung der begonnenen Bahnhofs- und Eisenbahnneubauten zu erreichen.
2. durch landesgesetzliche Regelung zu bestimmen
 - a. die Einführung der Erwerbslosenfürsorge für Jugendliche,
 - b. das Arbeitsministerium zu veranlassen, die Betriebsstilllegungsverordnung in schärfster Weise zu handhaben, um willkürliche und vermeidbare Stilllegungen zu verhindern,
 - c. Bereitstellung weiterer Mittel für den Wohnungsbau,
 - d. beschleunigte Vergebung der in Aussicht genommenen Staatsaufträge,
 - e. Einwirkung auf die Verwaltung der NSW, die in Aussicht genommenen Aufträge baldigst und soweit als möglich an die sächsische Industrie und das sächsische Gewerbe zu vergeben,
 - f. Unterstützung aller Maßnahmen, die zur Umstellung und Hebung der Wirtschaftlichkeit der Industrie geeignet und notwendig sind,
 - g. Bereitstellung von Krediten für Notstandsmassnahmen der Gemeinden.

Die Sozialdemokratie hat sich wiederholt unzweideutig für die Annäherung der politischen Vergehen und der logen. Notbelüfte eingesetzt. Sie wird in diesem Sinne weiter wirken und prüfen, wie weit über die Notverordnung der Regierung hinausgegangen werden kann.

Zur Frage der Landtagsauflösung weisen wir darauf hin, daß sich die Sozialdemokratie auf dem Heideberger Parteitag für die baldige Auflösung des sächsischen Landtages entschieden hat. Den Zeitpunkt der Auflösung muß die SPD. selbst bestimmen; sie kann sich ihr Handeln nicht von irgendeiner anderen Partei vorzeichnen lassen.

Mit sozialistischem Gruß!

Der Landesarbeitsausschuss der SPD.
Sachsens.
I. H. gez. Arthur Hegt.

An der Sitzung des Landesarbeitsausschusses, in der die vorstehende Antwort an die K.P.D. beschlossen wurde, haben als Vertreter des Parteivorstandes die Genossen Stelling und Stahl teilgenommen.

In dem Schreiben der K.P.D. wird wieder einmal die Einheitsfront-Parole ausgegeben. Diese Parole ist nicht neu. Nach den bisherigen Erfahrungen bedeutete die Einheitsfront-Parole der K.P.D. die Unterordnung der nichtkommunistischen Arbeiter unter die Führung der Kommunisten. In der Praxis hat die Masse der organisierten Proletarier Deutschlands diese Art der Einheitsfront abgelehnt, was nicht wenig zu dem Kurswechsel der K.P.D. beigetragen hat. Und doch hat das kommunistische Schreiben recht, wenn es von dem wachsenden Drang breiter proletarischer Massen zur Einheitsfront im Kampf gegen das immer brutaleren Vorstoßen des Unternehmertums spricht. Trotz der schlimmen Erfahrung, die das Proletariat bisher mit der Einheitsfront-Parole der Kommunisten gemacht hat, lebt in der Arbeiterklasse die Erkenntnis, daß es der Zusammenfassung der gesamten proletarischen Kräfte bedarf, wenn dem Ansturm der Reaktion erfolgreich Widerstand geleistet werden soll. Das heutzutage Vorbeugen der Reaktion reißt ja auch eine zu eindringliche Sprache, als daß sie die Arbeiterklasse mißverstehen könnte.

Die Zersplitterung der Arbeiter ist die Kräftequelle ihrer Gegner. Niemand bedauert diese Zersplitterung mehr als die Sozialdemokratie, deren historische Aufgabe es ist, die Arbeiterklasse im Kampfe um die Umgestaltung der heutigen Gesellschaftsordnung zusammenzufassen, zu schulen und in den Kampf zu führen. In dieser Auffassung hat die Sozialdemokratie unbeschadet aller Angriffe festgehalten.

Sobald die jetzt von der K.P.D. aufgestellte Parole der Einheitsfront ernstlich gemeint ist und nicht einem kleinlichen Parteiegoismus dienlich gemacht werden soll, ist sie ausdrücklich zu begrüßen. Voraussetzung ist freilich, daß diese Einheitsfront nicht

verlangt, daß die politische Grundanschauung der Beteiligten geüpft werden soll. Eine Einheitsfront, die etwa zur Voraussetzung hätte, daß die Sozialdemokraten aufhören müßten, Sozialdemokraten zu sein, wäre von vornherein unmöglich. Für die Sozialdemokraten ist die Richtung ihrer Handlungen das sozialdemokratische Programm. In dieser Grundeinstellung kann und darf auch die Einheitsfront mit anderen politischen Parteien nichts ändern, so wenig andererseits die Sozialdemokratie verlangt, daß in dieser Einheitsfront andre politische Richtungen ihre grundsätzlichen Anschauungen preisgeben.

Diese klare Linie mit aller Deutlichkeit herauszustellen und zu unterstreichen, ist angesichts der bisherigen Erfahrungen mit der kommunistischen Einheitsparole unerlässlich.

Die Kommunisten brauchen sich wahrhaftig nicht zu wundern, wenn ihrer Einheitsfrontparole in weiten Kreisen der Arbeiterklasse und besonders der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften Mißtrauen entgegengebracht wird. Die Politik der K.P.D. war seit ihrem Bestehen zum Schaden der Arbeiterklasse. Statt klare politische Erkenntnis zu verbreiten, verlor die K.P.D. mit beständig wechselnden Parolen die Arbeiter für ihre Politik zu gewinnen. Statt wie die Sozialdemokratie die Einigung der Arbeiterklasse in den Vordergrund zu stellen, hat die K.P.D. ihren Kampf in der Hauptsache gegen die Sozialdemokratie und gegen die Gewerkschaften gerichtet. Die kommunistische Politik verfolgte in den Gemeinden, in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften und selbst in den Sportvereinen das Ziel, alle Funktionen, die politisch zur Sozialdemokratie gehören, zu befeitigen.

In Sachsen hat die Sozialdemokratie den Willen zur gemeinsamen Arbeit durch ihr politisches Verhalten in reichstem Maße bewiesen. Mehrere Jahre bestand in Sachsen eine sozialistische Regierung. Die Kommunisten haben wiederholt das Zusammenarbeiten der beiden Parteien gefördert. Im Jahre 1922 wurde von den Kommunisten gemeinsam mit den Bürgerlichen der Landtag aufgelöst und zu Beginn des Jahres 1923 stützten die Kommunisten mit Hilfe

der bürgerlichen Parteien das Kabinett Sud-Weinert. Die Regierung Feiler wurde in der Zeit ihres schwersten Kampfes gegen die Reaktion in der kommunistischen Presse auf das bestmögliche angegriffen. Trotzdem war die Sozialdemokratie sofort bereit, gemeinsam mit den Kommunisten eine Regierung zu bilden, als die K.P.D. im Herbst 1923 den Eintritt in die Regierung forderte. Als dann die sozialistisch-kommunistische Regierung nach kaum 3 Wochen ihres Bestandes gestürzt worden war, bekannten die Kommunisten selbst, daß ihnen der Eintritt in die Regierung nur ein taktisches Manöver gewesen ist, durch das die sozialdemokratische Partei zerlegt werden sollte. Damals erklärten auch die Kommunisten, sie würden keine sozialdemokratische Minderheitsregierung unterstützen. Erst durch diese Haltung der Kommunisten wurde der Bildung der jetzigen Koalitionsregierung in Sachsen der Weg bereitet.

Wenn jetzt die deutschen Kommunisten nach der Anweisung der kommunistischen Internationale eine Schwertung in ihrer bisherigen Taktik vorgenommen haben, so ist es nach all den schlimmen Erfahrungen nur zu berechtigt, daß diese Schwertung bei der sozialdemokratischen Arbeiterklasse mit starkem Mißtrauen beurteilt wird.

So begrüßenswert auch ist, daß die Kommunisten in ihrem Schreiben sagen: „Die Fehler des Oktobers 1923 dürfen nicht wiederholt werden“, so vermag dieses Bekenntnis das angehäufte Mißtrauen der sozialdemokratischen Arbeiterklasse doch nicht zu befeitigen. Die K.P.D. wird vielmehr durch die Tat beweisen müssen, daß ihre Parole der Einheitsfront nicht ein neues Manöver, sondern der ehrliche Wille zu einer Politik im Interesse des Proletariats ist.

Ueber die Frage der Landtagsauflösung hat der sozialdemokratische Parteitag in Heideberg entschieden. Zur Durchführung eines Parteitagbeschlusses der sozialdemokratischen Partei kann die Sozialdemokratie selbstverständlich nicht mit einer anderen Partei Abmachungen treffen. Vielmehr muß unsere Partei selbst allein darüber entscheiden, wenn sie die Voraussetzungen für eine Landtagsauflösung auf Grund des Beschlusses von Heideberg für gegeben hält.

Die Locarnoverträge unterzeichnet.

Rede Luthers in London.

U. London, 1. Dezember.

Wie der amtliche englische Funkpruch meldet, sind der Vertrag von Locarno und die übrigen Abkommen, die am 16. Oktober parafiert wurden, heute mittag im Auswärtigen Amt unterzeichnet worden.

Ueber die Vorgänge bei der Unterzeichnung der Verträge berichtet der Soz. Pressedienst:

Als die Delegierten ihre Plätze eingenommen hatten, erhob sich Chamberlain und verlas eine Botschaft des Königs, in der die Delegierten willkommen geheißen und mitgeteilt wurde, daß der König mit großem Interesse die Konferenz von Locarno verfolgt und mit tiefer Genugtuung den erfolgreichen Ausgang der Konferenz festgestellt habe. Des Königs aufrichtige Hoffnung sei, daß das große Werk der Beruhigung und Versöhnung den Grundstein für eine aufrichtige Freundschaft zwischen den am Vertrag beteiligten sieben Nationen bilden und den Völkern den Frieden sichern wird.

Anschließend hielt, ebenfalls in französischer Sprache, Chamberlain die Begrüßungsrede, in der er u. a. ausführte: Die englische Regierung identifiziert sich voll und ganz mit den Wünschen, die Seine Majestät mich beauftragt hat, Ihnen auszudrücken. Die Konferenz von Locarno, die frühere Freundschaften noch verstärkt hat, ist die Grundlage für eine Versöhnung mit Deutschland geworden, von der wir überzeugt sind, daß sie uns in Zukunft noch einen neuen Freund und Gespielen haben wird. Wir sind uns voll und ganz der Tatsache bewußt, daß noch viel getan werden muß, damit die gegenseitigen Hoffnungen verwirklicht werden. Wir werden zusammen allen Hindernissen auf unserem weiten Wege begegnen, um Bורותelle zu beseitigen und Mißtrauen zu befeitigen. Wir sind jedoch für unseren Teil unerschütterlich entschlossen, das Werk der Versöhnung in dem gleichen Geiste, der die Verhandlungen in Locarno leitete, weiterzuführen. Die englische Regierung wird alles tun, was in ihrer Macht liegt, um den Haß und das Mißtrauen der Vergangenheit zu begraben und künftigen Generationen die Wiederholung des Unglücks und der Leiden zu ersparen, deren Zeuge und Opfer die Welt von heute gewesen ist.

Dann nahm Reichsfunkler Dr. Luther das Wort. Er dankte zunächst im Namen der deutschen Regierung für den Empfang in London und führte u. a. weiter aus: „Von ganzem Herzen begrüße ich die Feststellung Seiner Majestät, daß Locarno ein Werk der Versöhnung und Beruhigung sein soll, eine Grundlage für eine aufrichtige Freundschaft zwischen den Nationen, ein Werk, das den Frieden sichern soll, den alle Völker dringend brauchen als Grundlage ihres Wiederaufstiegs. Wir hoffen ernsthaft, daß die

Wünsche sich verwirklichen mögen, die der englische Außenminister zum Ausdruck gebracht hat, insbesondere auch über das Verhältnis der hier vertretenen Nationen zu meinem Vaterlande. Herr Chamberlain hat mit Recht hervorgehoben, daß auf dem Wege zu dieser Versöhnung auch neue Freundschaften entstehen sollen und Hindernisse zu überwinden sind. Alle Völker müssen sich vereinigen, um die Bורותelle und das Mißtrauen in die Vergangenheit zu verweisen, um den Weg frei zu machen für eine Zukunftsentwicklung, an der wir alle mitarbeiten müssen. Dazu ist es notwendig, daß auch alles verschwindet, was seine Ursache hat in nicht mehr berechtigten Nachwirkungen einer vergangenen Kriegszeit. Die Tatsache, daß Gebietsverluste meines Vaterlandes unter den Auswirkungen des Krieges noch zu leiden haben, muß in absehbarer Zeit der Vergangenheit angehören. Noch höher als der Inhalt des Vertrages muß die Einheit des Willens zu gemeinsamer friedlicher Arbeit sein, die ihren Ausdruck im Werk von Locarno findet, zu dem sich Deutschland auch heute gern bekennt. Möge aus dieser Willenseinheit das Zusammenwirken aller der Völker erwachsen, die hier vertreten sind.“

Briand, der als Nächster sprach, wandte sich unmittelbar an die deutschen Delegierten und erklärte, daß nicht nur die französische Regierung, sondern, wie er feierlich versichern könne, auch die überwältigende Mehrheit des französischen Volkes im Geiste des Friedens und der Versöhnung mit dem deutschen Nachbarvolke leben wolle.

Die Ansprache Dr. Stresemanns war eine Anerkennung für Chamberlain, der in Locarno den richtigen Geist zu schaffen gewußt habe. Briand erklärte er, daß auch Deutschland zur Zusammenarbeit mit allen Völkern bereit sei. Er gedachte dann der Toten des Weltkrieges, die alle gemeinschaftlich zu betrauern hätten. Getragen von der Mehrheit des deutschen Volkes reißt er die Hände zur Zusammenarbeit.

Nach weiteren kurzen Ansprachen Scialojas, Vanderveldes, Strzyszkis und Benesch reichte der juristische Sachverständige des englischen Auswärtigen Amtes, Sir Cecil Hurst, jedem Hauptbrotmächtingen der Reihe nach das Vertragswerk zur Unterzeichnung. Anschließend wurden die Schiedsgerichtsverträge zur Unterzeichnung vorgelegt. Nach der Unterzeichnung ergriff der englische Ministerpräsident Baldwin das Wort, um auf die Bedeutung des unterschriebenen Dokumentes für den Frieden, den die Welt so lange gesucht habe, hinzuweisen. England werde alles tun, um die Welt nicht zu enttäuschen. Am Schluß wurde an die Stadt Locarno ein Danktelegramm abgeschickt, worauf Chamberlain um 12 Uhr 38 Min. deutscher Zeit die historische Sitzung schloß.